

Unverkäufliche Leseprobe aus:

Seyla Benhabib

Kulturelle Vielfalt und demokratische Gleichheit
Politische Partizipation im Zeitalter der Globalisierung

Alle Rechte vorbehalten. Die Verwendung von Text und Bildern, auch auszugsweise, ist ohne schriftliche Zustimmung des Verlags urheberrechtswidrig und strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung oder die Verwendung in elektronischen Systemen.

© S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Inhalt

Vorwort 7

I *Strange multiplicity* – Die Politik der Identität und
Differenz im globalen Zusammenhang 13

II Politik der Verteilung versus Politik
der Anerkennung 33

III Zu Begriff und Institution der Staatsbürgerschaft 79

Schlußwort:

Für einen internationalen Konstitutionalismus 109

I *Strange multiplicity* – Die Politik der Identität und Differenz im globalen Zusammenhang

In seinem bemerkenswerten Buch *Strange Multiplicity. Constitutionalism in an Age of Diversity* versucht der kanadische Philosoph James Tully, die Tradition des europäischen Konstitutionalismus im Licht zeitgenössischer Entwicklungen, die manchmal als »Politik der Anerkennung«, manchmal als »Politik der Identität/Differenz« bezeichnet werden, neu zu bewerten. Tully stellt die Frage: »Kann eine moderne Verfassung kulturelle Verschiedenheit anerkennen und berücksichtigen?« Das ist »eine der schwierigsten und dringendsten Fragen des politischen Zeitalters, in das wir mit dem Beginn des 21. Jahrhunderts eintreten«.¹

James Tully gehört zu einer Reihe zeitgenössischer politischer Philosophen, die gemeinsam mit Charles Taylor und Will Kymlicka von der separatistischen Bewegung der Québécois inspiriert und provoziert wurden, die politische Kultur des demokratischen Liberalismus zu überdenken und, um mit Kymlicka zu sprechen, eine »Theorie der kulturellen Minoritäten« zu formulieren. Klarheit über diese neue Politik der Identität/Differenz zu gewinnen ist meiner Ansicht nach die Aufgabe zeitgenössischer kritischer Gesellschaftstheorie. Ich denke jedoch, daß die Konzentration auf den Fall Québec und dessen beherrschende Rolle in den jüngsten Diskussionen unsere Perspektive eingengt und die Betrachtung neuer Denkstrategien im Lichte globaler Entwicklungen verhindert hat. Das Ergebnis ist ein ›voreiliger Normativismus‹ in der Auseinandersetzung, das heißt eine verfrühte Reifizierung vorausgesetzter Gruppenidentität-

ten, mangelnde Auseinandersetzung mit der Bedeutung von kultureller Identität überhaupt und eine Abkehr von der soziologischen und historischen Literatur über diese Themen, die gegenwärtig von einem methodologischen ›Konstruktivismus‹ dominiert werden. Ziel dieses Kapitels ist es, den Blick auf die Problematik von Identität und Differenz zu erweitern, indem ich zunächst den Gegensatz ›Essentialismus/Konstruktivismus‹ in den Gesellschaftswissenschaften untersuche, um daraus schließlich normative Schlüsse für die politische Kultur liberaler Demokratien zu ziehen.

Seit dem Ende der Polarisierung der Supermächte und des Kalten Krieges 1989 haben sich schwindelerregende Veränderungen auf der europäischen Landkarte vollzogen. Dienten die Begriffe ›Ost‹ und ›West‹ im 19. Jahrhundert noch der Trennung Europas vom ›Orient‹, so standen ›Ost‹ und ›West‹ nach dem Zweiten Weltkrieg für zwei Regime, deren Trennung Europa in der Mitte zerriß und Berlin zur geteilten Stadt machte. Mit der Etablierung des Kommunismus in Ost- und Mitteleuropa verschob sich der Osten westwärts. Andernfalls hätte es keinen Sinn gehabt zu behaupten, Prag läge in Osteuropa, da diese Stadt doch westlicher liegt als Wien. Die Termini ›Ost‹- und ›Westeuropa‹ bezeichneten bis 1989 eher eine *geopolitische* als eine *geographische* Abgrenzung: eine geopolitische Abgrenzung, die die Realitäten des Kalten Krieges als geographische erscheinen ließ. Der Antagonismus der Regime wurde durch naturalistische Bezeichnungen unterstrichen: der Osten – ›sie‹ – gegen den Westen – ›uns‹. 1989 demonstrierte unter anderem die Willkür einer Umsetzung politischer Differenzen in quasi naturgemäße Grenzen.

Die gegenwärtige Lage ist gekennzeichnet durch die allmähliche Auflösung all dieser naturalistischen Begriffe in den Bereichen der Politik und Kultur und durch den verzweifelten Versuch, sie wiederherzustellen. Nicht nur in Europa, sondern auch andernorts sind im Augenblick gegenläufige Tendenzen wahrnehmbar: Die rasant voranschreitende Globalisierung, die

globale materielle Kultur, die die Welt von Hongkong bis Lima, von Pretoria bis Helsinki überzieht, die weltweite Integration auf den Gebieten der Wirtschaft und der Finanzen, der Kommunikation und des Transports, des Militärs und des Tourismus sind begleitet von kultureller und kollektiver Desintegration. Indien und die Türkei, die zu den ältesten Demokratien der ›dritten Welt‹ gehören, sind in Kämpfe verstrickt, die das politische Projekt säkularer repräsentativer Demokratie insgesamt in Frage stellen. Es ist wohl kaum nötig, den Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien, die Zerstörung von Tschetschenien durch die Russen, die schwelenden nationalen Konflikte in Aserbaidshan, Armenien, Mazedonien und Griechenland, die fortwährenden Massaker in Ruanda und in der Demokratischen Republik Kongo (bis 1997 Zaire) in diesem Zusammenhang besonders zu erwähnen. Die globale Integration verläuft parallel zu einer soziokulturellen Auflösung und dem Wiederaufflammen ethnischer, nationalistischer, religiöser und kultureller Separationsbestrebungen, weist also eine soziale Dynamik auf, die wir noch kaum verstanden haben.² Der globale Trend zur Demokratisierung existiert tatsächlich. Aber ebenso real feststellbar sind die Widerstände und Antagonismen, die sich gegen diesen Trend im Namen vielfältiger Differenzen – ethnischer, nationaler, linguistischer, religiöser und kultureller Natur – behaupten. Wir erleben auf der ganzen Welt das Wiedererstarken einer Politik, die um die Anerkennung kollektiver Formen von Identität kämpft.

Wenn man diesen größeren Zusammenhang einer Globalisierung betrachtet, die von fortschreitender Fragmentierung begleitet ist, sind die politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart weit vielfältiger und konflikträchtiger, als es die punktuelle Befassung mit dem Beispiel Québec vermuten lassen würde. Die politischen Kämpfe, die in aller Welt um die Anerkennung von Identitäten oder die Bestätigung von Differenzen geführt werden, können in drei Kategorien unterteilt werden:

1. Der Begriff einer Politik der ›Identität‹ ging ursprünglich aus den Erfahrungen hervor, die die neuen sozialen Bewegungen

Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre in den kapitalistischen westlichen Demokratien machten. Frauen- und Umweltbewegung sowie die Forderungen nach ethnischer und sprachlicher Autonomie und gleichen Rechten für Homosexuelle galten als Ausdruck postmaterialistischer Werte (Ronald Inglehart)³ und wurden als Signale für einen Wechsel von der gesellschaftlichen Verteilungsproblematik zu einer Beschäftigung mit der Grammatik der Lebensformen (Jürgen Habermas) verstanden.⁴ Die Erfahrungen der neuen sozialen Bewegungen bewirkten, daß sich die Charakteristik der als politisch angesehen Problemlagen stark veränderte. Der Kampf um Wohlstand und Machtpositionen, der die Politik des Bürgertums und der Arbeiterklasse das ganze 19. Jahrhundert und die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts hindurch geprägt hatte, wurde von den Auseinandersetzungen um Frauenrechte, Homosexualität, Ökologie und die Folgen neuer medizinischer Technologien sowie von der Frage nach ethnischem und sprachlichem Selbstbewußtsein abgelöst (in der amerikanischen Umgangssprache wurde dieses politische Spektrum als »Regenbogenkoalition« bezeichnet). Die neuen Themen wurden auch von neuen Gruppen politischer Akteure vertreten: Aktivistinnen locker vernetzter Frauengruppen, Farbige, Homosexuelle und besorgte Bürger. Es erfolgte eine Verschiebung der Aktivität von der Parteipolitik zu politischen Protestbewegungen. Das Schlagwort »Strategie oder Identität« charakterisierte treffend diesen Wandel in der Politik der westlichen kapitalistischen Demokratien.⁵

2. Die sozialen Bewegungen stellen den konstitutionellen Rahmen und die Identitätsgrenzen des politischen Gemeinwesens in den westlichen Demokratien nicht in Frage, wohingegen kultureller, sprachlicher, ethnischer und religiöser Separatismus gerade diese Grenzziehungen herausfordert. Als Beispiele für separatistische Bewegungen können die Québécois in Kanada sowie das Streben der Ureinwohner Kanadas nach mehr Selbstbestimmung dienen. Eine erfolgreich durchgeführte kulturelle Trennung auf der Grundlage eines verfas-

sungsrechtlichen Kompromisses besteht zur Zeit zwischen der spanischen Zentralregierung und der Provinz Katalonien. Auf der anderen Seite ist die baskische Separatistenbewegung ein Musterbeispiel für einen andauernden ethnischen, sprachlichen und regionalen Konflikt. Der Kampf um die sprachlichen, kulturellen und territorialen Rechte der Kurden, der auf verschiedene Weise die Türkei, den Iran und den Irak betrifft, ist ebenfalls ein besonders eindringliches Beispiel für Separatismus. In einigen Fällen, wie dem der Québécois-Bewegung und der Bewegung für kulturelle Rechte in Katalonien, zielen die Auseinandersetzungen auf eine konstitutionelle Einigung und einen Kompromiß *innerhalb der Grenzen eines existierenden souveränen Nationalstaates*; andere Bewegungen, wie die ETA, IRA und PKK, haben die Zerstörung oder Umgestaltung existierender Formen von Souveränität zum Ziel. Ich werde solche politischen Bewegungen, die umfassendere konstitutionelle Veränderungen fordern als die neuen sozialen Bewegungen, aber weniger als voll entwickelte nationalistische Bewegungen, Bewegungen für *multi- oder plurikulturelle Regierungsformen* nennen. Der Libanon vor seiner Zerstörung in den siebziger Jahren, die heutigen Staaten Schweiz, Belgien, Niederlande und Kanada sind typische Beispiele für solche plurikulturellen Regierungsformen.

3. Wie die irische, die kurdische, die baskische und die Québécois-Befreiungsbewegung zeigen, ist die Grenze, die den Kampf um plurikulturelle Regierungsformen vom Nationalismus trennt, nicht immer stabil und eindeutig. Ich folge Ernest Gellner in seiner Definition des Nationalismus als einer Form der politischen Legitimität, »derzufolge sich die ethnischen Grenzen nicht mit den politischen überschneiden dürfen; insbesondere dürfen innerhalb eines Staates keine ethnischen Grenzen die Machthaber von den Beherrschten trennen«.⁶ Oder einfacher ausgedrückt, der Nationalismus ist eine kollektive Ideologie, die verlangt, daß das Volk in einem bestimmten Staat ethnisch, religiös und sprachlich eine ho-

mogene Mehrheit bildet. Dieser Nationalismus sieht im Staat die Willensäußerung dieses Volkes in seiner Eigenschaft als distinkte Nation; weiterhin soll jedes Volk, das eine Nation bildet, einen eigenen souveränen Staat haben. Der Nationalismus ist eine äußerst mächtige Ideologie, die in der einen oder anderen Form mit der Entstehung der modernen Staatsform überhaupt einhergegangen ist.

Die zeitliche und räumliche Koexistenz dieser verschiedenen Bewegungen, von denen jede um die politische Anerkennung ihrer Identitätsansprüche kämpft, schafft das gegenwärtige Bild einer *strange multiplicity* – einer »seltsamen Vielfalt«. Diese identitätsbezogen agierenden Bewegungen treten zu einer Zeit auf, in der eine zunehmende Zahl sozialer Analysen wenn nicht zu offenem Skeptizismus, so doch zu vorsichtiger Distanzierung von essentialistischer oder fundamentalistischer Verteidigung der Identitätsansprüche führt. Ein soziologischer Skeptizismus gegenüber Identitätsstrategien und die politisch-militante Durchsetzung solcher Strategien sind kennzeichnend für das Klima, in dem unsere aktuellen politischen Diskurse stattfinden.⁷

Zeitgenössische politische Philosophen, so Taylor, Tully und Kymlicka, stehen der soziologischen Debatte um die Konstruktion von Identität fern. Tully stellt beispielsweise fest: »In Anbetracht der Globalisierungskräfte und Mobilitätswirkungen wird es natürlich immer schwieriger, menschliche Identität und menschlichen Sinn an einer zusammenhängenden Kultur oder Sprache auf gemeinsamer Grundlage festzumachen [...] Wenn man diese Schwierigkeit und die dadurch erzeugten Anforderungen in eine homogene ›postkulturelle‹ Situation auflöst, dann weicht man dem Problem, das der Postmodernismus angehen will, eher trickreich aus, als daß man sich ihm stellt.«⁸

Dennoch muß man die postmodernistische Sichtweise des Selbst als fragmentarische, sich auflösende Entität nicht übernehmen, um zu der – von postmodernen Theoretikern geteilten – Schlußfolgerung zu kommen, daß Identitätsstrategien auf Annahmen beruhen, die von einem metatheoretischen Standpunkt

aus illusorisch sind. Wer sind ›wir‹? Wer sind die ›anderen‹? Wie können Gruppengrenzen bestimmt werden? Gibt es solche klar abgegrenzten Gruppenidentitäten überhaupt? Wenn jede identifizierende Bestimmung eine Negierung, eine Ausschließung des anderen bedeutet, ist dann nicht jede Konstitution von Identität eine Unterdrückung von Differenzen, durch die sie erst als das konstituiert wird, was sie ist?

Alle Identitätsbewegungen sind soziologisch gesehen folgendem Paradox ausgesetzt: Sie sind gezwungen, die Kontingenz oder Willkürlichkeit behaupteter Identitätsdefinitionen festzustellen, während sie gleichzeitig für deren *essentiellen* Charakter eintreten. Identitätsansprüche gelten als fundamental, essentiell, nicht verhandelbar und als eindeutig unterscheidbar von den Ansprüchen anderer, mit denen die jeweiligen Gruppen um Einlösung ihrer Ansprüche rivalisieren. Andererseits müssen Identitätsansprüche in einem Prozeß der sozialen wie politischen Mobilisierung und kulturellen Artikulierung erst so gestaltet und so konstruiert werden, daß sie die behauptete Ursprünglichkeit, Einmaligkeit und Nicht-Reduzierbarkeit der Ansprüche einer Gruppe gegenüber denen anderer Gruppen widerspiegeln. Die identitätsbezogenen politischen Strategien müssen dann aber diese Kontingenz ihrer eigenen geschichtlichen Genese ableugnen. Um dieses unumgängliche Paradox für identitätsbezogen agierende Bewegungen näher zu erläutern, möchte ich nun kurz die Essentialismus/Konstruktivismus-Einteilung in den Sozialwissenschaften untersuchen, soweit sie sich auf den Nationalismus bezieht.

Essentialismus versus Konstruktivismus in den Sozialwissenschaften

Die Entgegensetzung ›Essentialismus‹ versus ›Konstruktivismus‹ umfaßt eine weite Skala theoretischer Perspektiven in den zeitgenössischen Diskussionen um Identität und Differenz, die

vereinfachend unter diese zwei Kategorien subsumiert werden. Ich werde diese Kategorien als provisorische Wegmarken einsetzen, deren Bedeutung schärfer hervortreten wird, wenn man sich ihren Gebrauch in unterschiedlichen Zusammenhängen vor Augen führt. Während der Essentialismus davon ausgeht, daß kollektive Identitäten wie Geschlecht, Rasse oder Nation eindeutige Merkmale haben, die sich über geschichtliche Zeiträume hinweg erhalten, behaupten die Konstruktivisten, daß die Grenzen aller Identitäten fließend sind, umstritten und anfechtbar, instabil und veränderbar. Einige Essentialisten gehen bei der Begründung der essentiellen Natur von Identitäten von biologischen Voraussetzungen, andere von anthropologischen Universalien aus. Die Ansicht, nach der sich die Geschlechtsunterschiede aus der sexuellen Arbeitsteilung herleiten, wäre ein Beispiel für eine solche anthropologische Sichtweise. Konstruktivisten indessen mißtrauen diesen Ansätzen. Sie legen ihrer Analyse und Interpretation der Herausbildung von Identität soziale, ökonomische, politische und kulturelle Auseinandersetzungen in der Geschichte zugrunde.

Ernest Gellner beschreibt die Spannungen zwischen den essentialistischen und konstruktivistischen Definitionen von Nationalismus folgendermaßen: »Das große, aber reale Paradox lautet: Nationen können nur in Begriffen des Zeitalters des Nationalismus definiert werden, und nicht, wie man hätte denken sollen, umgekehrt. Es stimmt nicht, daß die ›Ära des Nationalismus‹ eine bloße Summe des Erwachens und der politischen Selbstbehauptung dieser, jener und jener anderen Nation darstellt. Vielmehr entsteht erst, wenn die allgemeinen sozialen Verhältnisse nach standardisierten, homogenen und durch staatliche Zentralgewalt geschützten Hochkulturen rufen – nach Hochkulturen also, die die Gesamtbevölkerung und nicht nur die Minderheiten der Elite durchdringen –, eine Situation, in der klar definierte, durch Ausbildung sanktionierte und vereinheitlichte Kulturen fast schon die einzige Art Einheit bilden, mit der sich Menschen bereitwillig und häufig glühend identifizieren. Nunmehr scheinen die Kulturen die natürlichen

Lagerstätten der politischen Legitimität zu sein.«⁹ Für Gellner »bringt Nationalismus Nationen hervor, und nicht umgekehrt«.¹⁰ Menschen haben immer in mehr oder minder organisierten Kollektivgebilden gelebt. Stammesformen, Nachbarschaften, feudale Lehen, multinationale Reiche, verschiedene Formen kollektiver politischer, rechtlicher und kultureller Zusammenschlüsse haben die Menschheitsgeschichte geprägt. Charakteristisch für den Nationalismus ist seine These, daß die Gemeinsamkeiten von Sprache, Religion, ethnischer Herkunft, Geschichte usw., die eine Gruppe von Menschen miteinander teilen, diese als eine Einheit begründen und deutlich von anderen unterscheiden. Nationalismus ist die Forderung, daß der Wille zur Einheit die Form eines souveränen Staates annimmt. Ernest Renan formuliert dies so: »Das Dasein einer Nation ist [...] ein Plebiszit Tag für Tag, wie das Dasein des einzelnen eine dauernde Behauptung des Lebens ist. [...] Der Wunsch der Nationen ist ein für allemal das einzige legitime Kriterium, auf welches man immer zurückgreifen muß.«¹¹

Was stiftet die ›Einheit‹ einer Nation? Für Gellner ist »Nationalismus [...] nicht das, was er scheint; und vor allem ist er nicht, als was er sich selbst erscheint. Die Kulturen, die er zu verteidigen und wiederzubeleben beansprucht, sind häufig seine eigenen Erfindungen oder werden bis zur Unkenntlichkeit modifiziert.«¹² Anhänger nationaler Strömungen und deren Ideologen behaupten, der ›Seele‹ eines Volkes zum Ausdruck zu verhelfen, das es seit ›unvordenklichen Zeiten‹ gegeben habe und dessen ›offenkundige Bestimmung‹ es sei, eine ›unteilbare Nation vor Gott‹ zu sein. Der skeptische Beobachter menschlicher Verhältnisse sieht im Gegensatz dazu in diesen Behauptungen die ›Erfindung‹ einer Volksseele samt unvordenklicher Vergangenheit und offenkundiger Bestimmung zur Nation. Nationalisten behaupten, Nationen seien *gegeben*; der skeptische Theoretiker macht geltend, sie seien *erfunden*; Nationalisten behaupten, daß sie dem Volkswillen *zum Ausdruck verhelfen*; der Skeptiker hält dagegen, daß sie ihn *konstruieren*.

Benedict Anderson hat den treffenden Begriff der »imaginier-

ten Gemeinschaft« geprägt, um zu beschreiben, wie nationalis-
tische Literatur aus vergangener und zukünftiger Zusammen-
gehörigkeit eine Gemeinschaft schafft, indem sie mit Hilfe ver-
schiedenster Erzählungen ein Gefühl gemeinsamer Geschichte
und zukünftiger Ziele vermittelt.¹³ In einem hervorragenden
Aufsatz mit dem Titel »Dissemination. Time, Narrative and the
Margins of the Modern Nation« entlarvt homi k. bhabha ähnl-
lich wie Benedict Anderson die erzählerischen Strategien und
Bilder, durch die das ›Eine‹ aus dem ›Vielen‹ konstruiert wird.
Er schreibt: »Die Versatzstücke, Flicker und Fetzen des Alltags-
lebens müssen wiederholt in Zeichen einer kohärenten Natio-
nalkultur umgewandelt werden, während der Akt der narrativ
vollzogenen Inszenierung einen größer werdenden Personen-
kreis als Subjekte der Nation anruft. Die Erzeugung der *Nation
als Narration* beinhaltet eine Spaltung in das gleichmäßig akku-
mulativ verlaufende Tempus des Pädagogischen und die andau-
ernd wiederholende Strategie des Performativen. Durch diesen
Vorgang der Spaltung wird die begriffliche Ambivalenz der mo-
dernen Gesellschaft zum Ort des *Erschreibens der Nation*.«¹⁴
(Erste Herv. S. B.; zweite Herv. i. O.) Was homi k. bhabha »das
gleichmäßig akkumulativ verlaufende Tempus des Pädagogi-
schen« nennt, bezieht sich auf erzählerische Strategien, auf das
Schreiben, Produzieren, Lehren von Geschichte, von Mythen
und anderen kollektiven Zeugnissen, durch die sich eine Nation
als bruchlose Einheit präsentiert. Mit Hilfe dieser Präsentati-
onsstrategien wird das Volk als einheitlich dargestellt. Zeit
wird homogen behandelt. So können die widerstreitenden, un-
vereinbaren, häufig widersprüchlichen und unlogischen täg-
lichen Erzählungen und Erfahrungen von Individuen und Kol-
lektiven als Aspekte, Elemente, Stadien oder in Hegelscher
Sprache als ›Momente‹ einer alles einenden Geschichte wieder-
gegeben werden. »Die Menschen bilden weder Anfang noch
Ende der nationalen Erzählung. Sie stellen die Scheidelinie dar
zwischen den totalisierenden Kräften des ›Gesellschaftlichen‹
als homogene Konsensgemeinschaft und denjenigen Kräften,
die eine ganz bestimmte Ausrichtung auf strittige, ungleiche In-